

## Inhalt

bvöd-Positionspapier zu TTIP	1
Gastbeitrag: Dr. Oliver Rottmann	2
Aktuelles	3
Themenrückschau Mai 2014	5
Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP	6
Kontakt	13

## Impressum

Bundesverband Öffentliche  
Dienstleistungen - Deutsche  
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin  
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0  
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29  
email: [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)  
[www.bvoed.de](http://www.bvoed.de)

## bvöd-Positionspapier zu TTIP

Am 5. Juni 2014 erhielten **Bundeswirtschaftsminister Gabriel**, **Bundesminister Altmaier**, Chef des Bundeskanzleramtes, Vertreter der **Europäischen Kommission**, sowie Abgeordnete des **Deutschen Bundestages** und des **Europäischen Parlaments** das Positionspapier des bvöd zur Rolle der öffentlichen Daseinsvorsorge in der geplanten transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und den USA (TTIP).

Zugleich wurden die Presse und interessierte Kreise mit der dazugehörigen Pressemitteilung beliefert. Die Mitglieder des Verbandes erhielten das Papier und die Pressemitteilung bereits einen Tag zuvor. Mehrere Verbände und auch Einzelunternehmen aus der Mitgliedschaft des bvöd griffen die Stellungnahme auf und sorgten auf diese Weise für die Verbreitung und Sichtbarkeit der Forderungen und Positionen des Verbandes.

In der Pressemitteilung fordert Hans-Joachim Reck, Präsident des bvöd, dass Qualität und Vielfalt der öffentlichen Dienstleistungen als fundamentale Grundlage der Gesellschaft durch ein Handels- und Investitionsabkommen wie TTIP nicht gefährdet werden dürfe. Grundsätzlich begrüße man das Abkommen als Chance für Wachstum und Wohlstand durch eine vertiefte ökonomische Zusammenarbeit und durch Angleichung und Harmonisierung technischer Normen und Standards. „Jedoch muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die öffentlichen Dienstleistungen vom Anwendungsbereich eines transatlantischen Marktzugangs ausgenommen werden, um die hohe Qualität dieser Dienstleistungen in Deutschland weiter zu garantieren“, so Reck. Auch die Möglichkeit der örtlichen Behörden zur Direktvergabe von öffentlichen Dienstleistungen dürfe nicht als Handelshemmnis angesehen werden und über internationale Schiedsgerichte von Unternehmen angegangen werden.

**Zur vollständigen Pressemitteilung:** [LINK](#)

**Zum Positionspapier des bvöd:** [LINK](#)

## Gastbeitrag: Dr. Oliver Rottmann

### Neuer Master “Public Service Management” der Universität Leipzig startet im Oktober 2014



*Sehr geehrte Mitglieder des bvöd, sehr geehrte Leserinnen und Leser,*

mit der Einrichtung eines neuen Masters für “[Public Service Management](#)” hat die Universität Leipzig mit Unterstützung des Kompetenzzentrums für Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge auf einen Ausbildungswunsch von Seiten der Praxis reagiert: Das vier Semester umfassende Programm bereitet Fach- und Führungskräfte auf aktuelle und zukünftige Führungsaufgaben vor und bietet erstmals im Rahmen einer universitären Aus- und Weiterbildung wissenschaftlich fundierte, praxisnahe Lösungsoptionen zu drängenden Fragen der gesamten öffentlichen Leistungserbringung an.

Im Mittelpunkt des Studiengangs steht die „Interdisziplinarität“ mit dem Ziel fächerübergreifende Schlüsselkompetenzen zu stärken. Hierbei steht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen ebenso im Fokus, wie das Zusammenwirken öffentlicher und privater Unternehmen zur Lösung von Zukunftsaufgaben im Prozess regionaler Vernetzung.

Strategie- und Managementkompetenzen befähigen die Absolventen, Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge, des Finanz-, Verwaltungs- und Unternehmensmanagements sowie auf politischer Ebene zu bewältigen. Das Bewusstsein für Fragestellungen des demografischen Wandels, der sozialen Integration, des interkulturellen Managements und des Corporate Citizenship wird somit geschärft.



Zusammen mit Professoren, Wissenschaftlern und Mitgliedern eines studiennahen Beirates von national und europaweit tätigen Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und dem Finanzsektor, werden zukunftsweisende Fragestellungen gezielt aufgenommen und Lösungen auf hohem Qualitätsstandard kritisch abgewogen. Zusätzlich wird die Expertise von Dozenten und Referenten anderer nationaler und internationaler Universitäten in den Master eingebunden.

Ich lade Sie ein sich das Masterprogramm näher anzuschauen und sich bei Interesse direkt an mich zu wenden. Ich stehe Ihnen für Rückfragen Ihrerseits und Ihrer Vorgesetzten gerne zur Verfügung: Telefon: 0341-9733583 oder per Mail: [rottmann@wifa.uni-leipzig.de](mailto:rottmann@wifa.uni-leipzig.de).

*Ihr*

*Dr. rer. pol. Oliver Rottmann*

Geschäftsführender Vorstand Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V.

## Aktuelles

---

### EU-Kommission veröffentlicht neue Normung zur Messung des sozialen Nutzens



**Brüssel, 28.06.2014.** Die Europäische Kommission hat kürzlich eine neue Norm veröffentlicht, die es sozialwirtschaftlichen Unternehmen ermöglichen soll, ihren sozialen Nutzen besser zu messen und darzustellen. Diese Unternehmen erhalten nur dann Unterstützung, wenn sie ein echtes Interesse nachweisen, messbare positive soziale und gesellschaftliche Wirkungen zu erzielen.

[zum vollständigen Artikel](#)

### EU-Sozialpartner planen europäisches Arbeitgeberprojekt zur Berufsausbildung



**Brüssel, 26.06.2014.** Die europäischen branchenübergreifenden Sozialpartner **BUSINESSEUROPE**, **CEEP** und **UEAPME** haben sich kürzlich darüber geeinigt, ein gemeinsames Projekt zur Kosteneffizienz von Ausbildungssystemen in 15 EU-Mitgliedsländern durchzuführen. Im Rahmen des Projekts soll festgestellt werden, wie bestehende nationale Ausbildungssysteme im Hinblick auf Strukturen, Institutionen, Governance-Prinzipien und Fördermaßnahmen verbessert werden können, um Unternehmen einen Anreiz zu bieten, sich verstärkt in der Berufsausbildung zu engagieren.

[zum vollständigen Artikel](#)

### Spitzenverbände: Kommunalen Investitionsbedarf deutlich gestiegen



**Berlin, 24.06.2013.** Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände stellte am gestrigen Montag ihre Prognose zur Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden in den Jahren 2014 bis 2017 vor. Die Verbände verknüpften dies mit der Forderung einer stärkeren Beteiligung des Bundes und der Länder an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur.

[zum vollständigen Artikel](#)

### Öffentliche Dienstleistungen stehen im Fokus von TISA



**Hamburg, 20.06.2014.** Die Enthüllungsplattform Wikileaks hat am gestrigen Donnerstag ein als geheim eingestuftes US-Verhandlungsdokument des geplanten internationalen Dienstleistungsabkommens Tisa veröffentlicht. Mehrere Medien, darunter der NDR und die Süddeutsche Zeitung griffen dies auf und berichteten über mögliche Folgen des geplanten Abkommens, auch für öffentliche Dienstleistungen. [zum vollständigen Artikel](#)

## Erste und zweite Ausgabe 2014 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen erscheinen als Doppelheft



**Baden-Baden/Berlin, 13.06.2014.** Anfang Juli werden Heft 1 und 2 für das Jahr 2014 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen (ZögU) als Doppelhefte erscheinen. Die ZögU ist eine disziplinübergreifende wissenschaftliche Fachzeitschrift auf dem Gebiet der öffentlichen Wirtschaft und des Nonprofit-Bereichs und zugleich Organ des bvöd. Die Herausgeber sind Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd.

[zum vollständigen Artikel](#)

## EU-Kommission fordert bessere Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen



**Brüssel, 11.06.2014.** Die EU-Kommission hat ihren diesjährigen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2014 veröffentlicht. Der Vorschlag ist eine von 26 länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, in der sie eine Reihe von wirtschaftspolitischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richtet, um eine wirtschaftliche Erholung zu fördern.

[zum vollständigen Artikel](#)

## EU veröffentlicht neuen strategischen Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz



**Brüssel, 10.06.2014.** Die Europäische Kommission hat Anfang Juni 2014 einen neuen strategischen Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 vorgestellt. Er soll, entsprechend der Strategie Europa 2020, die Förderung hoher Standards für Arbeitsbedingungen in der EU unterstützen. Der Rahmen beschreibt für die kommenden Jahre wesentliche Herausforderungen, benennt strategische Ziele für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und führt u.a. den Sozialdialog als Instrument zur Bewältigung der Herausforderungen auf.

[zum vollständigen Artikel](#)

## EU-Kommission veröffentlicht Maßnahmen zur Modernisierung des EU-Beihilfenrechts



**Brüssel, 06.06.2014.** Die EU-Kommission hat kürzlich als Teil ihrer Initiative zur Modernisierung des EU-Beihilfenrechts zum einen Transparenzvorschriften für die Gewährung staatlicher Beihilfen harmonisiert und zum anderen den Rahmen der von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung freigestellten Maßnahmen erweitert.

[zum vollständigen Artikel](#)

## CEEP unterstützt EU-Strategie für ehrgeizige politische Rahmenbedingungen für Klima und Energie 2030



**Brüssel, 02.06.2014.** In der Generalversammlung Ende Mai 2014 verabschiedeten die Delegierten der nationalen CEEP-Sektionen das CEEP-Positionspapier zu den politischen Rahmenbedingungen für Klima und Energie im Zeitraum von 2020 bis 2030 in der Europäischen Union. CEEP greift darin die Vorschläge der EU-Kommission aus Januar 2014 auf und fordert einen ehrgeizigen Ansatz für die europäische Klima- und Energiepolitik bis 2030. [zum vollständigen Artikel](#)

## CEEP-Generalversammlung heißt neu gewähltes EU-Parlament willkommen



**Brüssel, 28.05.2014.** Am heutigen Mittwoch fand in Brüssel die zweite CEEP-Generalversammlung des Jahres statt. Diese hieß das neue Parlament willkommen und unterstrich die Bereitschaft des CEEP als europäischer Verband der öffentliche Arbeitgeber und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen, die neuen Abgeordneten bei der Entwicklung von EU-Politiken und eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Europas zu unterstützen. [zum vollständigen Artikel](#)

## EU-Kommission veröffentlicht Strategie zur Stärkung der Versorgungssicherheit



**Brüssel, 28.05.2014.** Die Europäische Kommission hat heute in Brüssel eine neue „Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung“ als Mitteilung vorgelegt. Im Mittelpunkt dieser stehen die Diversifizierung der ausländischen Energielieferungen, der Ausbau der Energieinfrastruktur, die Vollendung des EU-Energiebinnenmarkts und Energieeinsparmaßnahmen. [zum vollständigen Artikel](#)

## Themenrückschau Mai 2014:

---

- [Kommunale Spitzenverbände: Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Europa weiter stärken](#)
- [ver.di: Griechische Regierung behindert Referendum gegen Wasserprivatisierung in Thessaloniki](#)
- [EU-Sozialpartner stellen 100 beispielhafte Projekte zur Geschlechtergleichstellung am Arbeitsplatz vor](#)
- [CEEP begleitet CSR-Aktivitäten der EU-Kommission über Koordinierungsausschuss der DG ENTR](#)
- [CEEP: Antizipierung des Wandels der öffentlichen Dienstleistungen als Kernpunkt der Europawahlen](#)
- [Gewerkschaften: Geheime TiSA-Verhandlungen bedrohen öffentliche Dienstleistungen](#)
- [BM Gabriel: Öffentliche Daseinsvorsorge darf durch ISDS nicht angegangen werden](#)

## Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

---

### Themenbereich Public Services:

#### **TTIP: CEEP zum Stand der Dinge nach der fünften Verhandlungsrunde**

Vom 19. bis zum 23. Mai trafen sich die europäischen und amerikanischen Verhandlungsführer zur fünften TTIP-Verhandlungsrunde in Arlington (USA). Es waren die umfangreichsten Verhandlungen seit dem Start der Gespräche im Juli 2013. Der Fokus lag auf dem Zugang zu Dienstleistungen und Beschaffungsmärkten.

Ihr Verhandlungsangebot zu Dienstleistungen wird die EU-Kommission den USA voraussichtlich in der sechsten Verhandlungsrunde vorlegen, welche zwischen dem 14. und 18. Juli in Brüssel stattfindet.

Zuvor war bekannt geworden, dass die EU-Kommission im Bereich der **Dienstleistungen** in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten plant, eine „gemischten Liste“ vorzulegen. Ein Angebotsentwurf wurde im Juni den Mitgliedstaaten zugesandt. Auffallend ist, dass dieser Entwurf dem Angebot der EU zu Dienstleistungen im ebenfalls geplanten internationalen „Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen“ („Trade in Services Agreement“, kurz **TISA**) sehr ähnlich ist. In Bezug auf horizontale Verpflichtungen beinhaltet das Angebot die vage Möglichkeit von Änderungen: „Die EU behält sich das Recht vor, auf eigene Faust Maßnahmen hinsichtlich **Erzeugung, Transport und Verteilung von Elektrizität** einzuführen oder beizubehalten“.

**Trinkwasserversorgung, Wasseraufbereitung und -Transport** sind ebenfalls in den Beschränkungen der Inländerbehandlung enthalten. Keine Ausnahmen sind für den Marktzugang für **Abwasserdienstleistungen** sowie für die **Entsorgung von Festabfällen und gefährlichen Abfällen** geplant.

Für den Bereich der **öffentlichen Auftragsvergabe** befinden sich die Verhandlungen noch im Anfangsstadium. Bis jetzt beschränkten sich die Diskussionen auf den Inhalt der überarbeiteten Vergaberichtlinie. Allerdings wurde eine Ausweitung der Reichweite der Verhandlungen bisher nicht ausgeschlossen.

Die Themen der Verhandlungsrunden machen aus Sicht von CEEP zunehmend deutlich, dass durch TTIP globale Standards für Handel und Investitionen für die nächsten Jahrzehnte gesetzt werden sollen.

Die siebte Verhandlungsrunde wird wahrscheinlich Ende Oktober in den USA stattfinden.

CEEP veranstaltet am Freitag dieser Woche, 4. Juli, eine Mini-Anhörung zu TTIP und ISDS in Brüssel. Herr Düerkop, verantwortlich für die Verhandlungen über Dienstleistungen, und Frau Laurinen, verantwortlich für die Verhandlungen über öffentliche Auftragsvergabe, werden im Namen der EU-Kommission teilnehmen. Auch für ISDS wird ein Vertreter der EU-Kommission anwesend sein.

CEEP wird Anfang Juli sowohl eine Antwort zur Konsultation der Europäischen Kommission als auch ein Positionspapier zu ISDS veröffentlichen. CEEP weist seine Mitglieder darauf hin, dass die Auswirkungen des

Verhandlungsangebots zu Dienstleistungen eng mit den Bestimmungen eines möglichen ISDS-Übereinkommens verknüpft sind. Daher zeigt sich CEEP aktuell alarmiert in Bezug auf die Meistbegünstigungsklausel, die Definition von Standards durch die Klausel der „fairen und gleichberechtigten Behandlung“ und die restriktive Auslegung „des Regulierungsrechts der Staaten“.

Der bvöd erarbeitet zurzeit zusammen mit Mitgliedern seiner TTIP-Arbeitsgruppe ebenfalls eine Konsultationsantwort und wird diese fristgerecht einreichen.

### **EU-Staats- und Regierungschefs legen strategische Leitlinien für kommende Jahre fest**

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben auf ihrem Gipfel am 26. und 27. Juni 2014, neben der Entscheidung Jean-Claude Juncker dem Europäischen Parlament als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorzuschlagen, strategische Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung für die kommenden Jahre verabschiedet.

Bereits im Vorfeld war ein [Entwurf einer „Strategischen Agenda der Union in Zeiten des Wandels“ des scheidenden Ratspräsidenten Herman Van Rompuy bekannt geworden](#), welcher als Anlage 1 in die [Schlussfolgerungen des Juni-Gipfels](#) aufgenommen wurde. Darin benennt van Rompuy langsames Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit, **unzureichende öffentliche und private Investitionen**, öffentliche Schulden, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone als zentrale Herausforderungen der EU und fordert u.a. "überfällige Investitionen" in Transport, Energie oder IT-Infrastruktur und die Integration des Energiemarkts.



In ihren Schlussfolgerungen zum Gipfel fordern die Staats- und Regierungschefs in einem Kapitel zu „**Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**“, dass in den Mitgliedstaaten „Haushaltskonsolidierungen in wachstumsfreundlicher und differenzierter Weise fortgesetzt werden“ müssen. Daher soll Strukturreformen, die das Wachstum steigern und die langfristige Tragfähigkeit der **öffentlichen Finanzen** verbessern, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es seien „verstärkte Maßnahmen erforderlich, um die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit zu verringern, die Produkt- und Dienstleistungsmärkte sowie die **öffentlichen Verwaltungen** zu reformieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie für Forschung, Entwicklung und Innovation zu verbessern, den Zugang zu Finanzierung zu erleichtern, die Funktionsweise der netzgebundenen Wirtschaftszweige zu verbessern und die **Bildungssysteme** zu reformieren“.

Im Kapitel „**Klima und Energie**“ kündigt der Europäische Rat an, bis spätestens Oktober 2014 einen endgültigen Beschluss zu dem neuen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik und auch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit Europas und zu spezifischen Verbundzielen für 2030 vorzulegen. Zudem wird der Ministerrat aufgefordert, mittel- bis langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der

Energieversorgungssicherheit der EU auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission "Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit" (EESS) weiter zu analysieren. Der Europäische Rat betont, wie wichtig u.a. die Energieeffizienz, der weitere Ausbau der heimischen Erzeugung, die weitere Umsetzung und Integration des europäischen Energiemarkts auf der Grundlage eines regionalen Ansatzes und eine stärkere Transparenz auf dem Gasmarkt sind. Verbundnetze sollen weiter ausgebaut werden.

Die Staats- und Regierungschefs kündigen laut Kapitel „**Der nächste institutionelle Zyklus**“ an, den Bedenken Großbritanniens hinsichtlich der künftigen Entwicklung der EU Rechnung zu tragen und über das Verfahren der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission für die Zukunft beraten zu wollen. Man stelle fest, „dass das Konzept einer immer engeren Union für verschiedene Länder verschiedene Wege der Integration zulässt und es denen, die die Integration vertiefen wollen, ermöglicht, weiter voranzugehen, wobei gleichzeitig die Wünsche derjenigen, die keine weitere Vertiefung möchten, zu achten sind“.



## Themenbereich Social Affairs

### EU-Sozialpartner äußern sich zu länderspezifischen Empfehlungen für 2014

Der Beschäftigungsausschuss (EMCO) des Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO Council) lud im Juni die Europäischen Sozialpartner ein, die allgemeine Ausrichtung der diesjährigen [länderspezifischen Empfehlungen](#) (Country Specific Recommendations, kurz CSR) zu diskutieren. Das CEEP-Generalsekretariat sprach sich für die vorsichtige Umsetzung von Kosteneffizienz-Maßnahmen im Rahmen der Pläne zur Haushaltskonsolidierung aus, da qualitative öffentliche Dienstleistungen das Rückgrat des europäischen Sozialmodells sind, es jedoch aufgrund dauerhafter Budgetbeschränkungen immer schwieriger wird diese wichtige Stabilisierungsfunktion zu erfüllen.

In ihren am 2. Juni veröffentlichten [Empfehlungen](#) ruft die EU-Kommission alle Mitgliedstaaten dazu auf, Reformen durchzuführen, um ihre Arbeitsmärkte und die soziale Lage zu verbessern. Sie hebt die Verschlechterung der sozialen Lage in 11 Mitgliedstaaten hervor und empfiehlt diesen Ländern, ihre sozialen Sicherungsnetze zu verbessern. Außerdem werden Staaten mit Überschuss, z.B. Deutschland und die Niederlande, dazu aufgerufen die heimische Nachfrage anzukurbeln. Die länderspezifischen Empfehlungen

erfolgen im Rahmen des „Europäischen Semesters“, welches die Wirtschaftspolitik der Union koordiniert. Dieses Jahr hat die Kommission die Situation in 26 Mitgliedstaaten ausgewertet. Griechenland und Zypern, die immer noch finanzielle Unterstützung von der EU erhalten, wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Erstmals basieren die Empfehlungen auf den Ergebnissen des [Anzeigers für beschäftigungs- und sozialpolitische Indikatoren](#), welcher erstmals im November 2013 veröffentlicht wurde.

CEEP und seine Mitglieder werden über das Social Affairs Board auch in den kommenden Wochen die Möglichkeit haben, die Empfehlungen und Reformvorschläge zu bewerten. **CEEP lädt daher alle Mitglieder ein, Kommentare und Positionen zu den länderspezifischen Empfehlungen an Guillaume Afellat, CEEP-Referent für soziale Angelegenheiten, zu senden: [guillaume.afellat@ceep.eu](mailto:guillaume.afellat@ceep.eu)**

#### **Sitzung des CEEP-Social Affairs Board am 24. Juni 2014**

In den Räumlichkeiten der Europäischen Rundfunkunion (EBU), einem CEEP-Mitglied, fand am 24. Juni 2014 in Brüssel das zweite Treffen des Social Affairs Boards in diesem Jahr statt.

Einen Tag zuvor nahm CEEP am [Makroökonomischen Dialog \(MED\)](#) teil. Der MED ist ein hochrangiges Forum für den Meinungsaustausch zwischen Rat, EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und den EU-Sozialpartnern. Er wurde bei der Tagung des Europäischen Rates in Köln im Juni 1999 eingeführt, um zur Ausrichtung des makroökonomischen Rahmens in der EU auf Wachstum und Stabilität beizutragen.

Die Leitung der CEEP Macroeconomic Task Force war zum technischen Teil des Dialogs eingeladen (MED Tech), um seine Analyse zur Handhabung der Wirtschafts- und Finanzkrise vorzustellen. CEEP machte dort deutlich, dass zwar viele Mitgliedstaaten eine finanzielle Konsolidierung benötigen, diese jedoch den länderspezifischen Umständen angepasst werden sollte, um übermäßige Kürzungen zu vermeiden. Aus Sicht von CEEP gilt es zudem, Qualifikationsinkongruenzen im europäischen Arbeitsmarkt zu bekämpfen, um Produktivitätsgewinne, niedrigere Jugendarbeitslosigkeit und geringere soziale Ausgrenzung zu erreichen. Dafür sind Investitionen ins Humankapital unumgänglich, die allen Kindern und Jugendlichen den gleichen Bildungsstandard ermöglichen und allen das lebenslange Lernen zugänglich machen.

## CEEP-Sektorthemen

### Verkehrsrat vollendet technische Säule des vierten Eisenbahnpakets

CEEP weist darauf hin, dass der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie Anfang Juni die technische Säule des vierten Eisenbahnpakets vervollständigt und eine Einigung zu den Richtlinienentwürfen zur Interoperabilität und Sicherheit europäischer Eisenbahnen verabschiedet hat.

Die Vollendung dieser technischen Säule soll die Skaleneffekte europaweit agierender Eisenbahnunternehmen erhöhen, Verwaltungskosten verringern und Abläufe beschleunigen. Außerdem soll verdeckte Diskriminierung bei der Vergabe von Sicherheitszertifikaten und Fahrzeugzulassungen verhindert werden, indem ein duales System von Fahrzeugzulassungen und der Ausstellung von Sicherheitszertifikaten eingerichtet wird. Die Europäische Eisenbahnagentur ist die zentrale Anlaufstelle für die Zulassung von Fahrzeugen, die für grenzüberschreitende Vorhaben gedacht sind, und zuständig für die Ausstellung von Sicherheitszertifikaten für Eisenbahnunternehmen, die grenzüberschreitenden Verkehr betreiben. Die weiterhin wichtige Rolle nationaler Behörden besteht darin, die erforderlichen Prüfungen durchzuführen. Eisenbahnunternehmen, die nur auf nationaler Ebene tätig sind können wählen, ob sie bezüglich Zulassung und Zertifizierung die europäische Agentur oder die zuständige nationale Behörde konsultieren.

Die politische Säule, die sich unter anderem mit der weiteren Marktöffnung für inländischen Personenverkehr per Eisenbahn und neuen Regeln zur Governance-Struktur in Bezug auf Infrastrukturmanagement und Transportvorgänge befasst, wurde noch nicht vom Rat diskutiert.

### Bericht des Eurobarometers zur Zufriedenheit der Europäer mit dem öffentlichen Nahverkehr



Am 12. Juni veröffentlichte die Europäische Kommission die [Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zum öffentlichen Nahverkehr](#). Der Umfrage zufolge sind 69 Prozent der EU-Bürger zufrieden mit dem öffentlichen Nahverkehr. Außerdem zeigt die Studie, dass Europäer guten Zugang zum ÖPNV haben: 77 Prozent sind weniger als 10 Minuten von der nächsten Haltestelle entfernt. Außerdem sind die Europäer überwiegend mit der Häufigkeit der öffentlichen Verkehrsdienste zufrieden (69 Prozent).

Die Umfrage wurde erstmals zu diesem Thema auf europäischer Ebene mit 28.000 EU-Bürgern durchgeführt. Sie ergänzt eine aktuelle Umfrage zur „[Einstellung der Europäer zu innerstädtischer Mobilität](#)“, die die am 17. Dezember 2013 verabschiedeten Vorschläge der Kommission für ein „städtisches Mobilitätspaket“ begleitet.

## Veröffentlichung einer Studie zu Umwelteffekten von Arzneimitteln

Am 12. Juni veröffentlichte die Kommission die lang erwartete [Studie zu den Risiken von Umwelteffekten von Arzneimitteln](#). Sie wurde von der Kommission finanziert und von einem externen Unternehmen (BIO Intelligence Service) durchgeführt. Ihre Ziele sind es, den Umfang von Umwelteffekten von Arzneimitteln zu charakterisieren und legislative und nicht-legislative Ursachen sowie mögliche Lösungen im EU-Rechtsrahmen zu identifizieren. Sie stellt einen Ausgangspunkt dar, von dem aus die verschiedenen Aspekte von der EU-Kommission bestätigt werden müssen, basierend auf den Beiträgen der Europäischen Arzneimittel-Agentur, der Europäischen Umwelt-Agentur, der Mitgliedstaaten und Interessenvertreter. CEEP wird an diesem Prozess teilnehmen.

## Andauernde Diskussionen zur Zukunft des EU Energieeffizienzziels



Da die EU-Kommission bald zusätzlich zu den bereits in der Energie- und Klimastrategie 2030 festgelegten Zielen für Treibhausgase (40 Prozent) und erneuerbare Energien (27 Prozent) ein Energieeffizienzziel einführen will, gibt es Diskussionen, wie ehrgeizig das Ziel gefasst werden sollte.

Als Reaktion auf eine Resolution, die im Februar 2014 vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde und die ein bindendes Energieeffizienzziel von 40 Prozent im Vergleich zu 1990 fordert, unterstützen sieben Mitgliedstaaten diese Position in einem [Brief an die Europäische Kommission](#) und forderten ehrgeizige und bindende Ziele für die Energieeffizienz bis 2030. Allerdings sagte Energiekommissar Oettinger am Abend des 18. Juni auf einer Konferenz in Brüssel, dass das 40-Prozent-Ziel nicht sehr realistisch sei und dass das Ziel, an dem die Kommission arbeite, „hinweisend, aber politisch bindend“ sein würde.

Die EU-Kommission wird das Energieeffizienzziel nicht vor Ende des Sommers vorstellen, um es in das 2030-Paket einzubringen, das im Oktober dem Europäischen Rat vorgestellt wird.

## EU-Konsultation zur Qualität des Trinkwassers in der EU gestartet



Als Reaktion auf die erste erfolgreiche EU-Bürgerinitiative, Right2Water, hat die EU-Kommission am 23. Juni 2014 eine [öffentliche Konsultation](#) eingeleitet, die sich mit der derzeitigen Trinkwasserqualität, dem öffentlichen Informationsbedarf und möglichen Verbesserungen, bzw. zusätzlichen Maßnahmen auf EU-Ebene auseinandersetzt. Die

Ergebnisse werden in die Diskussion über die Frage nach dem Verbesserungsbedarf der EU-Trinkwasserrichtlinie einfließen. Ziel der [Trinkwasserrichtlinie](#) ist es, die menschliche Gesundheit vor den schädlichen Einflüssen, die sich aus der Verunreinigung des für den menschlichen Gebrauch bestimmten Wassers ergeben, durch Gewährleistung seiner Genusstauglichkeit und Reinheit zu schützen. Die

Mitgliedstaaten müssen Maßnahmen treffen, um dafür zu sorgen, dass diese Ziele erreicht werden und jegliche Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität verhindert wird.

Laut EU-Umweltkommissar Janez Potočnik soll mit der Konsultation der von den Bürgern eingeleitete Dialog fortgesetzt, auf die Erwartungen der Verbraucher eingegangen und die künftigen Herausforderungen im Wassersektor deutlich gemacht werden. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die Diskussion über mögliche Verbesserungen der EU-Trinkwasserrichtlinie einfließen, deren Ziel es ist, die menschliche Gesundheit vor Verunreinigungen im Trinkwasser zu schützen.

Mehr Infos: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-710\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-710_de.htm)

## CEEP-Projekte

### **Erstes Seminar des Projekts „Austausch von Verfahrenspraktiken zwischen Führungskräften der öffentlichen Dienstleistungen“**

Das erste Seminar zum „[Austausch von Verfahrenspraktiken zwischen Führungskräften der öffentlichen Dienstleistungen](#)“ fand am 12. Juni in London statt. Ausgerichtet von E&Y und mit organisiert von CEEP UK, befasste sich das erste Treffen mit der Frage, wie die Auswirkungen der Krise auf öffentliche Verwaltung, Gesundheitsfürsorge und Bildung besser bewerkstelligt werden können.

Bei der Veranstaltung wurden zwei Schlüsselthemen behandelt: Effizienzsteigerung durch besseres Personalmanagement und neue Finanzierungsquellen. Die Hauptsprecher kamen von HSE (Sozial- und Gesundheitsdienstleister in Irland), GEBALIS, Scape und FEGAPEI sowie ein Vertreter des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

## Aktuelle Übersicht der kommenden CEEP- Termine

direkt zur CEEP-Veranstaltungsseite: [LINK](#)

<a href="#">Environment Task Force</a>	- 01/07/2014	- 10:00 am - 1:00 pm
<a href="#">Water Task Force</a>	- 01/07/2014	- 2:30 pm - 5:30 pm
<a href="#">SGI &amp; STAT Task Force</a>	- 04/07/2014	- 11:00 am - 4:00 pm

[How to provide “the same with less”  
for network services](#)

[\(public transport, railway and electricity\)](#) - 19/09/2014 - All Day

